



Baden-Württemberg

REGIERUNGSPRÄSIDIUM TÜBINGEN
PRESSESTELLE

PRESSEMITTEILUNG

15.11.2018

Regierungspräsident Klaus Tappeser weist Kritik der „Schutzgemeinschaft Rißtal“ deutlich zurück

Mit deutlichen Worten weist Tübingens Regierungspräsident Klaus Tappeser die Kritik der Bürgerinitiative Schutzgemeinschaft Rißtal (BI), die diese in einem offenen Brief geäußert hat, zurück. Es sei für ihn völlig unverständlich wie die BI zur Auffassung gelange, dass es dem Regierungspräsidium obliege, die im Rahmen des Runden Tisches erarbeiteten Gesichtspunkte und Fragestellungen selbst aufzuarbeiten. Ausführlich und auch ausdrücklich seien am Runden Tisch die Verfahrensabläufe und Verantwortlichkeiten von den Vertretern des Regierungspräsidiums dargestellt worden. Die BI wisse sehr genau um die Abläufe der gemeinsam angestoßenen Verfahren. Ansprechpartner für Fragen zum Gewässer- und Hochwasserschutz oder für Fragen rund um mögliche Starkregenereignisse seien seit Abschluss des Zielabweichungsverfahrens die vor Ort planenden Akteure des interkommunalen Gewerbegebiets.

"Ich finde es bedauerlich", so Klaus Tappeser, „dass die BI den aus meiner Sicht erfolgreichen Runden Tisch, der neue Maßstäbe für ein Zielabweichungsverfahren gesetzt hat, durch ihre Aussagen in Form eines öffentlichen Briefs entwertet." Es sei für das Regierungspräsidium selbstverständlich und wurde immer kommuniziert, dass die am Runden Tisch besprochenen Belange im Rahmen der Bauleitplanung durch die vor Ort planenden Akteure des interkommunalen Gewerbegebiets herausgearbeitet und bewertet werden.

Solche Verfahren seien viel zu ernst für Polemik und falsche Kritik an beteiligten Akteuren. Für das weitere Verfahren wünscht sich der Tübinger Regierungspräsident daher von der BI, dass diese an den Fakten orientiert und

fair argumentiert. Nur das könne die Basis für eine weitere fruchtbare Zusammenarbeit mit der BI sein.

Im Übrigen wird das Regierungspräsidium der BI auch noch in einem persönlichen Schreiben antworten.